

**Niederschrift über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am**  
**20.01.2009**

---

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 16:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Detlef Helling

Herr Rainer Lux

Herr Detlef Werner

SPD

Frau Brigitte Biermann

Frau Karin Schrader

Herr Holm Sternbacher

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Geil

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Ralf Schulze

FDP

Herr Harald Buschmann

Nicht anwesend:

**Zu Punkt 1**

**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 50. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 09.12.2008**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

**Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 09.12.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2**

**Mitteilungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

1. Mitteilung:

Herr Löseke erklärt, dass die als Tischvorlage vorliegende Drucksache Nr. 6411 – Umsetzung der sich aus der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der A 2 ergebenden Aufgaben – heute im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss und am 29.01.2009 im Hauptausschuss beraten werde. Der Finanz- und Personalausschuss werde im Rahmen der Abschlussberatungen beteiligt. Der heutige Hinweis sei für den Finanz- und Personalausschuss als Information über das in Gang gesetzte Verfahren zu verstehen.

2. Mitteilung:

Herr Berens teilt mit, dass, nachdem der Haushaltsentwurf 2009 bereits nach neuer Gliederung und neuem Erscheinungsbild aufgestellt wurde, seit dem 05.01.2009 auch die Bewirtschaftung des Haushalts nach den Regeln des NKF laufe. Zum Stichtag 31.12.2008 erfolge außerdem eine weitere verwaltungsweite Inventur.

In der Umstellung der DV wurden die Aktivitäten im kameralen Altsystem mit dem 23.12.2008 eingestellt. Aus dem Altsystem SAP und den ca. 30 Vor-/Fachverfahren wurden alle offenen Posten (alt: Kasseneinnahmereste) in das neue SAP-System mit seinen Vorverfahren übernommen. Die hierbei in geringem Umfang entstandenen Fehler wurden bis zum 03.01.2009 behoben. Das NKF-SAP-System steht allen Ämtern seit dem 05.01.2009 zur Verfügung.

Neben den zu erwartenden Fragen der Anwender aufgrund fehlender Übung in der Handhabung des Systems sind in den ersten Tagen des Produktivbetriebes keine nennenswerten Probleme aufgetaucht. Die

technische Umstellung ist ohne negative Auswirkungen - insb. auf die Bürgerinnen und Bürger - gelungen.

Ab Mitte Januar 2009 wird das NKF-SAP-System erste Massenkäufe zu bewältigen haben (z. B. Jahres-Sollstellung Grundbesitzabgaben). Es bleibt in den ersten Monaten abzuwarten, ob sich noch technische Probleme ergeben.

-.-.-

### Zu Punkt 3

#### **Anfragen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

-.-.-

### Zu Punkt 3.1

#### **Anfrage der FDP-Gruppe zur Geschwindigkeitsüberwachungsanlage auf der A 2**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6384/2004-2009

Herr Buschmann erklärt, dass seine Anfrage durch die Vorlage Drucksache 6411 ausreichend beantwortet werde.

Frage:

Wie hoch schätzt die Verwaltung die zu erwartenden Nettoeinnahmen aus den Mehreinnahmen der Tempoüberwachung am Bielefelder Berg ein?

Zusatzfrage:

Auf welcher rechnerischen Grundlage ergeben sich die Personalerhöhungen von 22 Stellen?

-.-.-

### Zu Punkt 3.2

#### **Kommunales Investitionsprogramm im Rahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung**

**Hier: mögliche Maßnahmen seitens der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6412/2004-2009

Herr Lux erklärt, dass nach seinen Informationen damit zu rechnen sei, dass die Vorarbeiten zur Umsetzung des Konjunkturprogramms auf Landesebene noch bis ca. April dauern werden. Kommunale Auftragsvergaben seien vorher nicht möglich. Die maßgeblichen Verteilungskriterien seien zum jetzigen Zeitpunkt noch vollkommen unklar. Mit Vorwegabzügen durch das Land müsse jedoch gerechnet werden. Herr Löseke ergänzt, dass seines Wissens durch den Bund insgesamt rd. 10 Mrd. € für Länder und Kommunen bereitgestellt würden. Die Länder sollen eine Co-Finanzierung in Höhe von 25 % übernehmen. Inwieweit dieser Eigenanteil an die Kommunen weiter gegeben werde, sei noch nicht bekannt. Investitionsschwerpunkte seien „Bildung“ und „Infrastruktur“. Durch eine Vereinfachung des Vergaberechts solle die Umsetzung der Investitionsmaßnahmen zusätzlich beschleunigt werden. Außerdem sei davon auszugehen, dass Bundesrechnungshof, Landesrechnungshof und GPA die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendungen prüfen werden. Weiter führt Herr Löseke aus, dass Herr Oberbürgermeister David nach den ersten vorliegenden Informationen zum Konjunkturprogramm die Initiative ergriffen und die Verwaltung aufgefordert habe, mögliche Maßnahmen zu benennen. Die vorliegende Liste sei noch nicht abschließend und stelle daher lediglich eine erste Information über mögliche Maßnahmen dar. Die in Liste 1 aufgeführten Investitionen seien aus Sicht der Verwaltung sofort umsetzbar. Die in Liste 2 benannten Maßnahmen seien hinsichtlich ihrer Kosten und Realisierungsmöglichkeiten noch unklar und zu hinterfragen. Wichtiges Kriterium bei der abschließenden Auswahl der umzusetzenden Investitionen seien möglichst geringe Folgekosten, um spätere dauernde Haushaltsbelastungen zu vermeiden.

Herr Rees begrüßt im Hinblick auf die Zusammenstellung der Maßnahmen die schnelle Reaktion der Verwaltung. Für ihn sei die Höhe des kommunalen Eigenanteils von besonderem Interesse. Bei der Auswahl der umzusetzenden Investitionen müsse man insbesondere auf eine schnelle Realisierbarkeit und überschaubare Folgekosten achten. Herr Werner schließt sich den Ausführungen von Herrn Rees an und hebt hervor, dass durch das frühzeitige Verwaltungshandeln ausreichend Zeit für notwendige politische Entscheidungen bleibe. Auch aus seiner Sicht müsse ein besonderes Augenmerk auf die Auswahlkriterien gelegt werden. Seine Fraktion werde den Prozess auf jeden Fall positiv begleiten. Herr Sternbacher erklärt, dass aus seiner Sicht eine schnelle Abarbeitung des Maßnahmenpakets wichtig sei, um die drohende Konjunkturflaute abzumildern. Herr Buschmann ergänzt, dass es wichtig sei, wirklich neue Investitionen anzustoßen, um die beabsichtigten Effekte auch zu erreichen.

Herr Löseke führt aus, dass es auf Landesebene voraussichtlich keine Förderung von Einzelmaßnahmen sondern eine Pauschalförderung geben werde. Diese werde an die Kommunen nach einem noch festzulegenden Schlüssel verteilt. Außerdem sei geplant, für Zwecke des Landes ca. 400 Mio. € im Vorfeld abzuziehen. Hinsichtlich der Co-Finanzierung und der Behandlung von HSK-Kommunen müsse die endgültige Beschlussfassung des Programms sowie die noch zu formulierenden Richtlinien abgewartet werden. Eventuell müsse von den Kommunen für 2009 und 2010 kein kommunaler Eigenanteil unmittelbar aufgebracht werden. Das Land plane zur Finanzierung einen Fonds aufzulegen, aus dem der 25%-ige Eigenanteil vorfinanziert und später ganz oder teilweise

erstattet wird. Auf die Ausführungen von Herrn Buschmann eingehend erklärt Herr Löseke, dass grundsätzlich nur wirklich neue Maßnahmen benannt werden sollten. Vom Grundsatz her sei das Vorziehen von Maßnahmen aus 2011ff wohl ebenfalls zulässig. Vor endgültiger Festlegung der Investitionsmaßnahmen sei auf jeden Fall eine Detailprüfung erforderlich.

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt die Informationsvorlage zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung zur Kenntnis.**

Kenntnisnahme

-.-.-

**Zu Punkt 4**      **Haushaltsplan 2009 ff; Veränderungsliste zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6335/2004-2009

- 1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 5**      **Haushaltsplan und Stellenplan 2009 des Stabes des Dezernates 1**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6349/2004-2009

- 1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 6**      **Beschlussvorlage FiPA-Sondersitzung am 20.01.2009, Haushaltsplanberatung 2009**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6353/2004-2009

- 1. Lesung -

-.-.-

**Zu Punkt 7**      **Aufstellung des Haushaltsplanes 2009 für das Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6358/2004-2009

- 1. Lesung -

---

Zu Punkt 8

**Aufstellung des Haushaltsplanes 2009 für den Personalrat**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6360/2004-2009

- 1. Lesung -

---

Zu Punkt 9

**Haushaltsplan 2009ff für die Produktgruppen 11.01.09 - Finanzmanagement und Rechnungswesen - , 11.01.61 - Finanz- und Personalausschuss - und 11.16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft sowie Stellenplan 2009 für das Amt für Finanzen und Beteiligungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6340/2004-2009

- 1. Lesung -

---

Zu Punkt 10

**Unterrichtung des Finanz- und Personalausschusses über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat. (Anlage 1 - ist beigefügt.)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Auf Nachfrage von Herrn Rees zur lfd. Nr. 8 (Prüfungskosten Gemeindeprüfungsanstalt NRW) führt Herr Berens aus, dass sich der Rechnungsbetrag aus der Gebührenordnung der GPA NRW ergebe. Danach erfolge die Abrechnung nach Tagessätzen. Einflussmöglichkeiten auf den Prüfungsumfang habe die Stadt Bielefeld nicht gehabt. Herr Rees erklärt, dass es ihm trotz der bestehenden rechtlichen Verpflichtung schwer falle, den aus seiner Sicht sehr hohen Rechnungsbetrag zu akzeptieren.

**Beschluss:**

**Der Finanz- und Personalausschuss nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß Vorlage Kenntnis und verweist diese Vorlage ebenfalls an den Rat zur Kenntnisnahme.**

- einstimmig beschlossen -

---

---

Rainer Lux